

Lothar Mark, MdB

Unser Mannemer in Berlin

Newsletter des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark



Themen in dieser Ausgabe:

- Schutz vor Passivrauchen
- Besuchergruppe in Berlin
- Schillertage gerettet
- Markgrafentafel
- Kapitalprivatisierung der Bahn
- Lothar Mark spricht im Plenum
- Schließung von Postfilialen

In dieser Ausgabe:

Lothar Mark: Technische Informatik an FH	1
Lothar Mark unterstützt Antrag zum Schutz vor Passivrauchen	2
Lothar Mark vermittelt Gespräch zwischen Verkehrsminister und Oberbürgermeister Widder	2
Gruppe aus Mannheim besucht Berlin	3
Mannheims beliebteste Politiker	3
Schillertage auch im Jubiläumsjahr gesichert	4
Chiles Ex-Diktator Pinochet gestorben	4
Ist Stuttgart jetzt Schilda?	4
Lothar Mark stimmt gegen Kapitalprivatisierung der Bahn	5
Botschafterbesuch bringt Anstöße zu konkreten Projekten	5
Lothar Mark spricht in der Haushaltsdebatte des Bundestages	6
Lothar Mark: Schließung von Postfilialen zurücknehmen!	7
Venezuela: Chávez erneut zum Präsidenten gewählt	7
Weihnachtsgrüße	8

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, Politik lebt vom Mitmachen. Mitmachen kann aber nur, wer informiert ist. Dazu möchte ich mit meiner Internetzeitung einen Beitrag leisten. Der Newsletter enthält Informationen zu meinen Aktivitäten in Berlin, in Mannheim sowie im Ausland, vor allem als Beauftragter für Lateinamerika. Er bietet Gelegenheit, über Themen und Sachverhalte in mehr als nur zwei Sätzen zu informieren. Zudem soll er eine sinnvolle Ergänzung zur Zeitungslektüre sein, da ich Ihnen schwerpunktmäßig diejenigen Meldungen anbieten möchte, die von der Tagespresse nicht gewürdigt wurden.

Mit der vorliegenden, ersten Ausgabe des Newsletters ist

eine interessante Mischung zwischen Berliner und Mannheimer Themen gelungen: Nichtrauchererschutz, Kapitalprivatisierung der Bahn und Haushaltsdebatte sind aktuelle Themen, die die Bundespolitik bestimmen. Aus Mannheimer Sicht sind die Themen Zukunft des Instituts für Technische Informatik der Universität, ICE-Bypass, Schillertage oder Schließung von Postfilialen von großer Bedeutung. Die Artikel zum Tod des chilenischen Diktators Pinochet und zur Wiederwahl von Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez berichten von meiner Arbeit für Lateinamerika.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr

Lothar Mark



Lothar Mark: Technische Informatik an FH

In zwei Briefen an Ministerpräsident Oettinger und Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg hat sich Lothar Mark dafür ausgesprochen das Institut für Technische Informatik an die Fachhochschule anzugliedern, falls es nicht im Bereich der Universität verbleiben kann. Damit strebt Lothar Mark vor allem an, dass die TI in Mannheim

gehalten werden kann und nicht wie vom Rektorat und der Landesregierung geplant, nach Heidelberg verlegt wird. Zudem forderte Lothar Mark die Landesregierung auf, endlich ihr Versprechen einzulösen und der Technischen Informatik die ursprünglich versprochene Aufstockung der Lehrstühle zu gewähren. Abschließend forderte Mark den Minis-

terpräsidenten und den Fachminister dazu auf, endlich Farbe zu bekennen und zu sagen, ob sie die Pläne des Rektorats vorbehaltlos unterstützen oder ob sie lediglich Getriebene des Mannheimer Rektors seien.

Beide Briefe sind unter www.lothar-mark.de nachzulesen.

Antrag zum Schutz vor Passivrauchen



Blauer Dunst in öffentlichen Gebäuden: Bald Vergangenheit?

Lothar Mark gehörte zu den ersten Unterzeichnern des inzwischen interfraktionellen Antrags zum Schutz vor Passivrauchen. Der von 113 SPD-, fünf CDU-Abgeordneten und 26 Volksvertretern der Fraktion „Die Linke“ unterstützte Antrag fordert ein Rauchverbot für alle öffentlichen Bereiche und führt neben öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln, Schulen und Universitäten auch die Gastronomie auf. Gerade das Rauchverbot in Gaststätten ist in der Großen Koalition umstritten: Nach den Vorstellungen der Union soll dort weiterhin geraucht wer-

den dürfen. Lediglich in Lokalen, die größer als 75 m² sind, sollen rauchfreie Zonen eingerichtet werden. Die Abgeordneten verweisen in ihrem Antrag auf Studien, die belegen, dass ein Rauchverbot in Gastronomiebetrieben nicht zu den befürchteten Umsatzeinbußen führe. Begründet wird das Gesetzesvorhaben vor allem damit, dass Tabakrauch in Innenräumen eine „weithin unterschätzte, erhebliche Gesundheitsgefährdung mit möglicher Todesfolge“ darstelle. Unter Nichtrauchern verursache das unfreiwillige Einatmen des blauen Dunstes und der

enthaltenen Gifte jährlich mehr als 3300 Todesfälle. Zudem sei eine Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung zu dem Schluss gelangt, dass 59 Prozent der Deutschen sich rauchfreie Bars und Restaurants wünschen. Auch wenn die Bundesregierung die Zuständigkeit vor allem bei den Ländern sieht, bleibt der Antrag inhaltlich aktuell.

Der Antrag der Abgeordneten im Wortlaut ist unter <http://dip.bundestag.de/btd/16/027/1602730.pdf> im Internet abrufbar.

Gespräch zwischen Verkehrsminister Tiefensee und OB Widder



Bei einem von Lothar Mark vermittelten Gespräch zwischen Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder, zugleich Sprecher des ICE-Forums für die Metropolregion Rhein-Neckar, und Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee in Berlin ließ dieser keinen Zweifel daran, dass der Bedarfsplan Schiene in der ergänzten Fassung vom 22.09.2004 für ihn verbindlich sei. Durch den engagierten und parteiübergreifenden Einsatz der Abgeordneten der Region hatte der Deutsche Bundestag damals im „Ersten Gesetz zur Änderung des Bundes schienenausbaugesetzes“ bei der Bedarfsplanung für die Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar einer Fußnote zugestimmt, die festlegt, dass „die Einbindung des Schienenpersonenfernverkehrs im Raum Mannheim ausschließlich über den Hauptbahnhof Mannheim“ zu führen habe. Durch diesen klaren Beschluss des Deutschen Bundestages, so Mark, ist Bahnchef Mehdorn aufgefordert, von seiner Bypass-Planung am Mannheimer Hauptbahnhof vorbei endlich Abschied zu nehmen. Schließlich hätten nicht nur der Deutsche Bundestag und das Regierungs-



präsidium Karlsruhe aus Raumverträglichkeitsgründen, sondern auch der Landtag Baden-Württemberg sich klar dagegen positioniert. Auch die Landesregierung Baden-Württemberg hatte sich mehrfach dagegen ausgesprochen, zuletzt der zuständige Staatssekretär im Innenministerium Baden-Württemberg, Rudolf Köberle, übereinstimmend mit Gerhard Widder am 5. Juli. Minister Tiefensee erklärte in dem Gespräch mit Mark und Widder, dass die Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrs-

wegeplans 2003 und des Bedarfsplans Schiene aufgenommen worden sei. Damit wären die Grundlagen für die DB AG vorhanden, die planerischen und baurechtlichen Voraussetzungen für den Bau der Neubaustrecke zu schaffen. „Die Bahn darf durch das Festhalten am Bypass, der eine Bundesfinanzierung nicht zulässt und die Bahn selbst als Finanzier fordern würde, nicht den dringend erforderlichen Lückenschluss im europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz blockieren“, so Mark.

Gruppe aus Mannheim besucht Berlin

Auf Einladung von Lothar Mark besuchte eine Gruppe von 50 ehrenamtlich engagierten Mannheimer Bürgerinnen und Bürgern vom 4. bis 7. Oktober Berlin. Der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisierte Besuch ermöglichte den Teilnehmern zahlreiche Informationsbesuche, u. a. im Auswärtigen Amt, in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, im Denkmal für die ermordeten Juden Europas und natürlich im Bundestag und Reichstagsgebäude.

Auf besonderes Interesse bei den Mannheimerinnen und Mannheimern stieß die Diskussionsrunde mit Vertretern der Deutschen Bahn AG im Bahntower am Potsdamer Platz. Natürlich nutzten die Bürger die Gelegenheit, um ihren Unmut über die Bypass-Pläne von Bahnchef Mehdorn

vor Ort zu artikulieren. Im Reichstagsgebäude fand am dritten Tag der Reise eine Abschlussdiskussion mit Lothar Mark statt, der den Teilnehmern unter anderem über seine Arbeit als Mannheimer Abgeordneter im Deutschen Bundestag berichtete. Die Teilnehmer wurden begleitet von Lutz-Udo Glaser, Wahlkreismitarbeiter von Lothar Mark aus Mannheim. Die Informationsfahrten des Bundespresseamtes erfreuen sich sehr großer Beliebtheit und sind leider für die nächste Zeit schon ausgebucht. Bürgerinnen und Bürger aus Mannheim, die auf eigene Initiative Berlin besuchen, können sich jedoch gerne an Lothar Mark wenden, um das Reichstagsgebäude zu besichtigen oder eine Plenardebatte zu verfolgen.

Mannheims beliebteste Politiker

Anfang Oktober erschien das neueste Bürgerbarometer der Forschungsgruppe Wahlen. Die Demoskopien ermitteln darin in regelmäßigen Abständen die beliebtesten Politiker Mannheims sowie eine Projektion für den Fall, dass am nächsten Sonntag Gemeinderatswahlen wären.

Den besten Stand bei der Bevölkerung hat Kulturbürgermeister und SPD-Oberbürgermeisterkandidat Dr. Peter Kurz. Mit nur 0,1 Punkten Abstand folgt ihm Lothar Mark auf Platz zwei der populärsten Politiker der Quadrastadt. Auf die Plätze drei, vier und fünf kommen Wolfgang Raufelder, Dr. Frank Mentrup und Oberbürgermeister Gerhard Widder. Platz sechs belegt Klaus Dieter Reichardt.

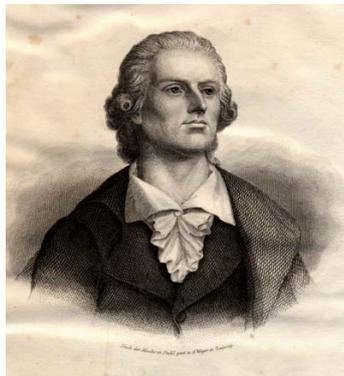


Wären am nächsten Sonntag Gemeinderatswahlen gewesen, wäre die Union nur noch auf 26% gekommen, die SPD wäre mit 41% stärkste Fraktion geworden. Nach Einschätzung der Wahlforscher ist dies eine gute Ausgangsbasis für die bevorstehenden Oberbürgermeisterwahlen im kommenden Jahr.



Die Besucherguppe aus Mannheim vor dem Reichstagsgebäude in Berlin, 2. Reihe, 6. von rechts: Lutz Udo Glaser, Wahlkreismitarbeiter, zwei Reihen dahinter: Meggie Jahn, Büroleiterin in Berlin, die die Gruppe am Reichstagsingang Süd in Empfang nahm.

Schillertage auch im Jubiläumsjahr gesichert



Auch für das Jahr 2007 ist der Bundeszuschuss für die Internationalen Schillertage in Mannheim in Höhe von 146 000 Euro gesichert.

Um dies zu erreichen, hatte sich Lothar Mark bereits im April 2006 an Kulturstatsminister Bernd Neumann gewandt. Bis 2002 fanden die Schillertage im Wechsel mit der Kulturstadt Weimar statt, die dann allerdings die Finanzierung nicht mehr gewährleisten konnte. Bereits im Jahr 2005 hatte Lothar Mark den

Hinweis erhalten, dass mit einer weiteren Förderung der Schillertage gerechnet werden könne. Allerdings wurde bis zum Sommer keine definitive Zusage gegeben, so dass Lothar Mark sich direkt an die zuständigen Berichterstatter, seine Kollegen Petra Merkel und Steffen Kampeter, wandte, um auf parlamentarischem Wege die Förderung zu sichern. Sein Einsatz hat sich ausgezahlt: Im Einvernehmen mit allen anderen Berichterstattern erfolgte die Zusage der Förderung für 2007.

In den vergangenen Jahren hatte sich Lothar Mark immer wieder erfolgreich für die Internationalen Schillertage eingesetzt und die nationale Bedeutung des Festivals über die Grenzen Mannheims und Weimars hinaus deutlich gemacht. Dies war schon deshalb notwendig, da die Stadt Mannheim und das Land Baden-Württemberg ihre Komplementärförderung von der finanziellen Beteiligung aller bisherigen Zuwendungsgeber abhängig machten.

Chiles Ex-Diktator Pinochet gestorben

Im Alter von 91 Jahren starb der frühere chilenische Diktator Augusto Pinochet am 10.12.06 in Santiago an den Folgen eines Herzinfarktes. Der General hatte im Jahr 1973 gegen den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende geputscht und sein 17jähriges Terrorregime errichtet, in dessen Verlauf tausende Bürger verfolgt, getötet oder gefoltert wurden.

„Die spontanen Massensammlungen und Freuden-

kundgebungen tausender Chilenen auf der *Plaza Italia* und vor dem Regierungspalast in Santiago sowie im ganzen Land zeigen, dass der Tod des greisen Autokraten von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mit einem Gefühl der Erleichterung und Befreiung aufgenommen wurde“, so Lothar Mark, Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für Lateinamerika. „Die Entscheidung von Präsidentin Bachelet, dem verstorbenen Militärdiktator kein Staatsbegräbnis zu gewähren, ist richtig und

gerecht. Es wäre eine Verhöhnung der Opfer und ihrer Angehörigen gewesen, wenn Ehrenformationen an einem Katafalk für Pinochet vorbei defiliert wären. Im Lichte unseres heutigen Kenntnisstands über die Verbrechen und den Terror des Militärregimes in Chile ist es geradezu skandalös, dass die frühere britische Premierministerin, Margaret Thatcher, mitteilen lässt, dass sie die Todesnachricht ´mit tiefer Trauer´ vernommen habe“, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete .

*„Margaret
Thatchers ‚tiefe
Trauer‘ über
Pinochets Tod
ist skandalös.“*

Ist Stuttgart jetzt Schilda?



Ausschnitt aus Hans Baldung Griens Markgrafentafel

Für 8 Mio. Euro wollte die Landesregierung die Markgrafentafel von Hans Baldung Grien kaufen, obwohl das Bild schon seit 1976 im Besitz des Landes ist. Lothar Mark und Dr. Frank Mentrup haben dazu folgenden Leserbrief verfasst, der in der FAZ vom 13.12.2006 abgedruckt wurde:

Es ist ungeheuerlich, was die Landesregierung im Zusammenhang mit der Markgrafentafel von Hans Baldung Grien veranstaltet hat: 8 Mio. Euro

wollte sie für ein Objekt zahlen, das ihr bereits seit 76 Jahren gehört. Offenbar hat man in Stuttgart den Überblick verloren. Ein Historiker hat die Landesregierung gerade noch vor der sinnlosen Vernichtung von Steuergeldern bewahrt. Diese schaut gleichzeitig tatenlos zu, wie an der Mannheimer Universität die Geisteswissenschaften zerschlagen werden sollen. Eines Tages wird dann niemand mehr derartige Fehler bemerken. Man fragt sich, worauf die Entscheidungen der Landesregierung eigentlich

beruhen. Ist sie des öfteren so schlecht informiert, muss einem Angst und Bange werden. Warum hat Ministerpräsident Oettinger trotz aller Warnungen auf dem Kauf beharrt? Sollte das Haus Baden etwa frei nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ saniert werden? Eins steht fest: Die peinliche Episode ist ein Fall von schwerstem Missmanagement der Landesregierung, angesichts dessen sich eine weitere Frage stellt: Ist Stuttgart jetzt Schilda?

Lothar Mark stimmt gegen Kapitalprivatisierung der Bahn

Lothar Mark hat am 24.11.06 im Bundestag gegen den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn gestimmt und gemeinsam mit anderen Abgeordneten folgende persönliche Erklärung dazu abgegeben:

Der von der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der SPD vorgelegte Entschließungsantrag zum Einzelplan 12 des Haushaltsgesetzes 2007 (Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (Drucksache 16/3493) sieht vor, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung möglichst bis zum 31.03.2007 den Referentenentwurf eines Privatisierungsgesetzes vorlegt. Dieses Gesetz soll die Modalitäten einer Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG beinhalten und dabei unterschiedliche Zielsetzungen berücksichtigen, die ebenfalls in dem vorliegenden Entschließungsantrag enthalten sind.

Wir können diesem Antrag der Regierungsfractionen nicht zustimmen, da die Zielsetzungen, die dem Antrag zufolge

einem Privatisierungsgesetz zugrunde gelegt werden sollen, zu ungenau definiert und nach unserem Rechtsverständnis widersprüchlich sind.

Unabhängig davon sind wir der Auffassung, dass dem vorliegenden Entschließungsantrag lediglich der Charakter eines Prüfauftrages an die Bundesregierung zukommen darf. Die grundsätzliche Entscheidung über eine Privatisierung der Deutschen Bahn AG kann durch die heutige Abstimmung des Deutschen Bundestages nicht vorweggenommen werden. Vielmehr interpretieren wir den Antrag dahingehend, dass die Bundesregierung durch ihn aufgefordert wird, durch die Erarbeitung eines Privatisierungsgesetzes zu prüfen, ob die in dem Antrag enthaltenen Zielsetzungen juristisch miteinander in Einklang gebracht werden könnten.

Nach unserem Rechtsverständnis sind diese Zielsetzungen jedoch inhaltlich widersprüchlich und nicht miteinander vereinbar. Die unter den Punkten I 2, I 3, I 4 und I 5 des Entschließungsantrags formulierten Ziele sehen einerseits vor, dass der Bund Eigentümer der Schieneninfrastruktur blei-

ben soll, die aber andererseits von der Deutschen Bahn AG bilanziert werden würde. Es scheint, dass diese Vorgaben rechtlich nicht zufrieden stellend umsetzbar sind. Wir haben die Befürchtung, dass die unmittelbaren Eigentumsrechte des Bundes mit den entsprechenden politischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten auf die Entwicklung und Bewirtschaftung der Schieneninfrastruktur im Falle einer Bilanzierung dieser Schieneninfrastruktur sowie der Bahnhöfe und weiterer Immobilien bei der Deutschen Bahn AG so erheblich beschnitten werden würden, dass sich die beim Bund verbleibenden Eigentumsrechte nicht mit dem grundgesetzlichen Infrastrukturauftrag nach Artikel 87e unseres Grundgesetz vereinbaren ließen. Eine Bilanzierung der Schieneninfrastruktur bei der Deutschen Bahn AG scheint einer Sicherung des staatlichen Eigentums an der Eisenbahninfrastruktur sowie der staatlichen Verantwortung für die flächendeckende Gewährleistung derselben entgegenzustehen und könnte dann auch nicht den verkehrlichen Zielen der Bahnreform von 1994 gerecht werden.



„Eine Bilanzierung der Schieneninfrastruktur bei der Deutschen Bahn AG scheint einer Sicherung des staatlichen Eigentums an der Eisenbahninfrastruktur sowie der staatlichen Verantwortung für die flächendeckende Gewährleistung derselben entgegenzustehen.“

Botschafterbesuch bringt Anstöße zu konkreten Projekten

Auf Einladung von Lothar Mark besuchte der brasilianische Botschafter, S. E. Luiz Felipe de Seixas Corrêa, Mannheim. Der Besuch hat erste Anstöße zu konkreten Projekten für Mannheim gebracht: Sowohl der Dialog mit Vertretern der Wirtschaft, als auch die Besuche in Kultureinrichtungen der Stadt sind auf großes Interesse der brasilianischen Gäste gestoßen.

Bei einem Besuch der MVV-Müllverbrennungsanlage auf der Friesenheimer Insel informierte sich die Delegation aus Brasilien über erneuerbare Energien. Die Vertreter der

MVV-Umwelt erläuterten dem Botschafter eingehend Technik, Kosten und Nutzen der Anlage. Seixas Corrêa erkundigte sich dabei intensiv nach der Einsetzbarkeit der Zukunftstechnologien in seinem Heimatland. Er zeigte sich beeindruckt von den Chancen der erneuerbaren Energien und sprach sich dafür aus, das Thema „erneuerbare Energien“ in den bevorstehenden bilateralen Verhandlungen über den Energiepakt zwischen Deutschland und Brasilien aufzunehmen. Gleichzeitig bat er Lothar Mark um Unterstützung dieses Ansinnens bei der Bundesregierung.

Am Rathaus E5 wehte zur Begrüßung der Delegation die brasilianische Staatsflagge. Bei einem Empfang mit Oberbürgermeister Gerhard Widder und Vertretern des Gemeinderates trug sich der Botschafter ins Goldene Buch der Stadt ein. Botschafter Seixas Corrêa, Oberbürgermeister Widder und der Bundestagsabgeordnete Lothar Mark erörterten ausführlich die breite Kulturlandschaft der Stadt. Der Botschafter griff die Anregung von Lothar Mark auf, den weltweit bekannten brasilianischen Musiker und Kulturminister Gilberto Gil in Kontakt mit Kulturschaffenden in Mann-



S. E. Luiz Felipe de Seixas Corrêa

**„Herr
Botschafter:
Ist der
brasilianische
Fußball in
der Krise?“**

heim zu bringen.

Der Besuch der Reiss-Engelhorn-Museen begann mit der Präsentation alter brasilianischer Fotografien aus den Archiven der Museen. Botschafter Seixas Corrêa zeigte sich hoch erfreut über die wertvollen Fotografien aus seinem Heimatland. Daher regte er an, namhafte Fotografen Brasiliens über die Mannheimer Bestände zu informieren und eine gemeinsame Ausstellung ins Auge zu fassen, die sowohl in Mannheim, als auch in Brasilien gezeigt werden sollte.



Lothar Mark mit Botschafter Seixas Corrêa vor dem Rathaus E5

An der Diskussionsveranstaltung „Brasilien als Global Player: Initiativen für eine gerechtere Weltordnung“, die von Lothar Mark und dem Jus-Landesverband organisiert wurde, nahmen rund 80 Bürgerinnen und Bürger teil. Der Botschafter spannte in seinem Vortrag einen weiten Bogen, der von den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen über die biregionalen Verhandlungen zwischen Mercosur und EU bis hin zu den sozialen Problemen des Landes reichte.

Allerdings fehlte den Zuhörern im Vortrag ein wichtiges The-

ma, auf das der Botschafter mit der Frage „Glauben Sie, dass der brasilianische Fußball in der Krise ist?“ angesprochen wurde. Aber auch diese Frage beantwortete der Spitzendiplomate ruhig und gelassen und gab zu bedenken, dass die Seleção zu bequem und überheblich gespielt habe. Dass der Fußballgott ein Brasilianer ist, dessen schien sich Seixas Corrêa offenbar sicher, als er ankündigte: „Die nächsten beiden Male wird Brasilien Weltmeister. Erst 2010 in Südafrika und danach zu Hause in Brasilien!“



v. l. n. r.: Lothar Mark, Botschafter Luiz Felipe de Seixas Corrêa, Botschaftsrat Paulo Feres, MVV-Abteilungsleiter Reith, Markus Kremer

Lothar Mark spricht in der Haushaltsdebatte des Bundestages



Der Bundestag hat im November das Haushaltsgesetz 2007 beraten und verabschiedet. Im kommenden Jahr wird der Haushalt rund 270 Mrd. Euro umfassen. Die Nettokreditaufnahme wird auf 19,6 Mrd. Euro und damit auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesenkt. Der Etat hält damit die Euro-Stabilitätskriterien wieder ein. Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages sprach Lothar Mark in der Debatte zum Haushalt des Auswärtigen Amtes. In seiner

Rede forderte er unter anderem, dass die Bundesrepublik angesichts zunehmender „militärischer Friedensmissionen“ verstärkt über eine bessere Krisenpräventionspolitik nachdenken müsse. In diesem Zusammenhang benannte Lothar Mark drei fundamentale Präventionskriterien, die zu beachten seien:

1. Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Sozial-, Kultur- und Gleichstellungspolitik müssen systematisch aufeinander abgestimmt werden.

2. Internationale Konventionen und Regelwerke müssen ausgebaut, die Handlungsfähigkeit internationaler und supranationaler Institutionen verbessert und die internationale Gerichtsbarkeit weiter entwickelt werden.

3. Förderung eines wirksamen Multilateralismus und eine kooperative Stabilitätsordnung.

Die vollständige Rede von Lothar Mark ist unter www.lothar-mark.de abrufbar.

Lothar Mark: Schließung von Postfilialen in Mannheim zurücknehmen!

Lothar Mark lehnt die angekündigte Schließung von Postfilialen in Feudenheim, Schwetzingenstadt und Schönau ab und fordert die Deutsche Post auf, ihre Pläne zurückzunehmen.

Lothar Mark: „Das Briefmonopol und die marktbeherrschende Stellung, die die Deutsche Post einnimmt, bringen auch die Verpflichtung mit sich, eine Grundversorgung der Bürger zu gewährleisten. Durch die beabsichtigten Schließungen würden die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Stadtteile aber von diesen Dienstleistungen ausgeschlossen. Die reine Profitorientierung der Post, die in Filialschließungen und der Demontage von Briefkästen zum Ausdruck kommt,

widerspricht dem Geist des Grundversorgungsauftrags der Post. Als Begründung für die Schließung von Filialen wird stets die „mangelhafte betriebswirtschaftliche Auslastung“ der betroffenen Filialen angeführt. Dies widerspricht dem subjektiven Eindruck der Bürger, die in langen Schlangen vor den Schaltern warten müssen.“

Die Demontage von Briefkästen, die Schließung von Filialen und die Reduzierung des Personals sind Folgen der Privatisierung der Post. Der Preis für die Profitmaximierung ist eine massive Serviceverschlechterung für die Bürger.

Bei der Post zeichnet sich

schon jetzt ab, was auch die Folgen der weiteren Privatisierung der Bahn sein könnten. Der Börsengang der Bahn würde diesen Trend sicherlich verschärfen. Lothar Mark lehnt ihn deshalb ab: „Beim Börsengang der Deutschen Bahn ist zu befürchten, dass auch dort die Interessen der Aktionäre über die Grundversorgung der Bürger gestellt werden. Bei der Bahn ist dann damit zu rechnen, dass weitere Streckenabschnitte nicht mehr bedient und stillgelegt werden müssten, wenn sich kein anderer Anbieter findet. Schon jetzt zeichnet sich in der Diskussion über den ICE-Bypass an Mannheim vorbei ab, wie die künftige Politik der Deutschen Bahn aussehen würde.“



Venezuela: Chávez erneut zum Präsidenten gewählt

Der venezolanische Staatspräsident Hugo Chávez Frías ist bei den Präsidentschaftswahlen am 03.12.06 für eine weitere sechsjährige Amtszeit gewählt worden. Der Amtsinhaber erhielt nach ersten Berichten mehr als 61 % der abgegebenen Stimmen. Auf den gemeinsamen Kandidaten der Opposition, den Liberaldemokraten Manuel Rosales Guerrero, entfielen 38% der Stimmen.

Lothar Mark, Lateinamerika-Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßte das Wahlergebnis und gratulierte: „Das venezolanische Volk hat eindeutig zu Gunsten von Präsident Chávez entschieden. Dies ist, bei aller Kritik, ein klares und deutliches Votum, das für sich spricht. Die Opposition mit ihrem Einheitskandidaten Manuel Rosales hat vereint und mit allen Kräften um die Stimmen der Wähler gekämpft und ein anerkanntes Ergebnis erreicht. Umso wichtiger ist es nun, die erlittene Niederlage in den demokratischen und

fairen Wahlen anzuerkennen und die positiven Ansätze mit dem notwendigen Aufbau einer konstruktiven Oppositionsarbeit in den kommenden Jahren fortzuführen.“

Insgesamt 15,9 Millionen Wahlberechtigte waren zur Stimmabgabe aufgerufen, welche unter anderem von Wahlbeobachtungsdelegationen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der EU überwacht wurden. Regierung und Opposition hatten sich im Wahlkampf immer wieder gegenseitig Betrugs- und Destabilisierungsabsichten vorgeworfen. Der Urnengang verlief jedoch trotz spannungsgeladener Atmosphäre ohne größere Zwischenfälle und mit ungewöhnlich großer Beteiligung.

Die Opposition, die auch im venezolanischen Parlament auf Grund ihres eigenen Wahlboykotts im Dezember vergangenen Jahres quasi nicht mehr vertreten ist, und ihr Kandidat Rosales erkannten zwar die

Wahlniederlage an, wehrten sich aber gegen die Ergebnisse der ersten Hochrechnungen, die einen Unterschied von mehr als 20 Prozent zwischen beiden Gegnern feststellten. Präsident Chávez kündigte indes die Fortführung und Vertiefung seiner Politik des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts an“, in deren Zentrum vor allem erdölfinanzierte Sozialprogramme für die 56% der in Armut lebenden und lange politisch marginalisierten Bevölkerungsteile Venezuelas stehen.

„Es ist wichtig, dass Präsident Chávez in seiner neuen Amtszeit seine erforderliche armutsorientierte Politik vor allem in Hinblick auf eine größere Nachhaltigkeit fortführt“, so Mark, „und sich darüber hinaus auch für einen stärkeren Ausgleich und die Überwindung der politischen Spaltung der venezolanischen Gesellschaft einsetzt.“



Venezuelas Präsident Hugo Chávez

„Das venezolanische Volk hat eindeutig zu Gunsten von Präsident Chávez entschieden.“



Lothar Mark, MdB
Wahlkreisbüro
H2, 4
68159 Mannheim

Telefon: 0621 - 2 60 50
Fax: 0621 - 15 47 49
E-Mail:

lothar.mark@wk.bundestag.de

Weitere Informationen im Internet:

www.lothar-mark.de

Noch kein Abonnent des Newslet-
ters von Lothar Mark?

Dann schicken Sie einfach eine
kurze Nachricht an
lothar.mark@wk.bundestag.de

Diskussionsrunde

mit

Lothar Mark, MdB

und

**Dr. Angelica
Schwall-Düren,
MdB**

**Parl. Geschäfts-
führerin der SPD-
Bundestagsfraktion**



am

**20. Dezember 2006,
19.30 Uhr**

im

**Volkshaus Neckarau,
Rheingoldstraße**



Lothar Mark
wünscht allen
Leserinnen und Lesern
ein
fröhliches Weihnachtsfest
und ein
gutes Neues Jahr.

